

---

## Rezension

# Rojava: eine bislang unbekannte Region im Blick der Weltöffentlichkeit

Thomas Schmidinger: *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava*. Wien: Mandelbaum, 2014

Gerade in der schwierigsten Phase der Verteidigung von Kobanê, Mitte Oktober 2014, kam das Buch in den Buchhandel. Als Thomas Schmidinger mit den Arbeiten für sein Buch begonnen hatte, konnte er noch nicht ahnen, welche brutale Aktualität sein Buch erlangen würde. Das Buch bietet allen, die sich mit den Hintergründen des Krieges und den gesellschaftlichen Umwälzungen in Syrisch-Kurdistan auseinandersetzen wollen, einen guten Einstieg. Der Autor hat relevante geschichtliche Hintergründe über die kulturelle und religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung und die politischen Entwicklungen im Norden Syriens gut lesbar aufbereitet und sich die Mühe gemacht, mit offenem Blick und kritischem Verstand den raschen Umbruch im kurdischen Teil Syriens zu analysieren.

Sein Ziel ist «eine aktuelle Darstellung der Entwicklung des zweiten kurdischen Para-Staates», ohne «den Blick vor innerkurdischen politischen und ökonomischen Konflikten» verschließen zu wollen (S.12f.). Schmidinger erzählt eine soziale und politische Geschichte der Region, nicht eine Nationalgeschichte. «Die KurdInnen als fragmentierte und stark tribal geprägte Gesellschaft bildeten bis heute keine einheitliche Nationalbewegung her-

aus, sondern eine Vielfalt verschiedener Akteure mit unterschiedlichen Loyalitäten und Reichweiten» (S.14).

Zunächst legt der Autor die *methodischen Schwierigkeiten* seiner Forschungsarbeit offen. Vor allem die Darstellung der jüngeren Entwicklung stützt sich auch auf Interviews, die der Autor im Januar 2013 und im Februar 2014 an einigen Orten in der Region Cizîrê mit Aktivistinnen und Aktivisten unterschiedlicher politischer Organisationen und Strömungen geführt hat. Bemerkenswert ist, dass Schmidinger seine beiden Reisen mit unterschiedlichen politischen Kräften durchgeführt hat. Die erste Reise hat er zusammen mit Personen und Organisationen unternommen, die in Opposition zur Partei der Demokratischen Union (PYD), der führenden Partei in Rojava stehen. Den zweiten Aufenthalt verbrachte er auf Einladung von Saleh Muslim, dem Co-Vorsitzenden der PYD in Rojava. Aufgrund der Sicherheitslage war eine eigenständige Feldarbeit in Rojava nicht möglich, so dass diese ständige Begleitung bei Gesprächen und die erforderliche Übersetzung bei der Durchführung und Auswertung der Interviews zu berücksichtigen sind. Eine wirklich freie Kommunikation ist unter solchen Bedingungen nicht möglich. Die Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kräften in Rojava und die Abstützung seiner Recherchen auf unterschiedliche Quellen haben Schmidinger allerdings geholfen, die Widersprüche und Kontroversen der jüngeren Entwicklungen in Rojava besser aufzufangen.

Anschließend informiert Thomas Schmidinger *in drei Kapiteln* über die Entwicklung der ethnischen und sprachlichen Zusammensetzung der Bevölkerung sowie die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften. Damit verdeutlicht Schmidinger,

wie vielfältig Syrien ist, ein Sachverhalt, der im Zuge der Arabisierungspolitik durch den arabischen Nationalismus, besonders während der seit 1963 andauernden Herrschaft der Baath-Partei, zunehmend überdeckt und vergessen wurde. Die kurdische Bevölkerung lebt nicht nur in der Region Cizîrê mit den Städten Qamislo und Al Hasaka sowie in den Regionen um die Städte Kobanê und Efrîn, sondern ist seit vielen Jahrhunderten auch in den Großstädten Aleppo und Damaskus ansässig. Zudem weisen die genannten Gebiete keine homogene kurdische Bevölkerung auf. Vor allem in Cizîrê leben auch christliche Assyrer, Chaldäer, Armenier, Araber, Tscherkessen, Turkmenen und Tschetschenen. Die sprachliche Vielfalt ist erstaunlich.

Breiten Raum nimmt in der Darstellung die religiöse Vielfalt in Syrien und insbesondere in Rojava ein. Die Mehrheit der Bevölkerung hängt dem sunnitischen Islam an. Die Alawiten leben zumeist in den Küstengebieten, die Drusen im Süden Syriens. Sowohl im Westen des Landes als auch in der Region um die mehrheitlich kurdische Stadt Al Hasaka leben auch Christen. Die schiitische Bevölkerung hat sich in der Grenzregion zum Libanon niedergelassen, jesidische Gemeinschaften finden sich in einigen Enklaven im kurdischen Norden.

In seinem geschichtlichen Rückblick bettet Schmidinger die Entwicklung in Rojava in die Geschichte des Osmanischen Reichs, der französischen Kolonialverwaltung und des syrischen Staates ein. Schmidinger weist darauf hin, dass der Begriff Kurdistan wesentlich älter ist als die Nationalstaaten, die sich nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs und nach dem Ersten Weltkrieg die kurdischen Gebiete aufteilten. Der Nationalstaat, so Schmidinger,

brach «in Form «fremder» Territorialmächte über die Kurden herein». Die kurdischen Siedlungsgebiete waren über lange Zeit für die verschiedenen Dynastien eher peripher. Die lokalen kurdischen Herrscher rivalisierten gegeneinander und bedienten sich der Unterstützung durch die politischen Zentren der Reiche, um Rivalen zu bekämpfen. Die Stämme bildeten über Jahrhunderte das Rückgrat der kurdischen Gesellschaftsordnung, in der die politische und die ökonomische Macht zusammenfielen. Die Herausbildung größerer Städte veränderte dann die kurdische Gesellschaft, wobei die Gebiete im Norden des heutigen Syriens noch länger nomadisch geprägt blieben. Al Hasaka und Qamislo wuchsen erst unter französischer Protektorats Herrschaft nach dem Ersten Weltkrieg zu Städten heran.

Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches teilten sich Großbritannien und Frankreich den Mittleren Osten im Rahmen des Sykes-Picot-Abkommens 1915 auf. Die Gebiete des heutigen Syrien und Libanons wurden einem französischen Protektorat unterworfen. Frankreich unterteilte das Gebiet in mehrere Kleinstaaten, wobei die Kurden und aramäischsprachigen Christen der Cizîrê keine Autonomierechte erhielten. Die kurdischen Gebiete wurden Teile des Staates von Aleppo, der 1920 errichtet wurde. 1937 entbrannten in Syrien mehrere Konflikte zwischen den Befürwortern einer Zentralisierung der Macht in Damaskus in einem unabhängigen Syrien und den Anhängern stärkerer Autonomie für Minderheiten. In der Region Cizîrê, vor allem in den Städten Al Hasaka und Qamislo, mündete der Widerstand gegen die Zentralisierung im Sommer 1937 in einen offenen Aufstand.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Syrien ein unabhängiger Staat, allerdings oh-

ne den Libanon und den Sandjak von Alexandrette, der bereits 1938/39 an die Türkei abgetreten wurde. In den späten 40er und in den 50er Jahren nahmen mehrere kurdische Politiker und hohe Offiziere führende Positionen im Staat und den Regierungen ein. Wiederholte Putsche brachten zum Ausdruck, dass sich bis in die frühen 60er Jahre keine stabile Macht-konfiguration herauskristallisiert hatte.

Doch mit dem stärker werdenden arabischen Nationalismus verengten sich die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Spielräume für die kurdische Bevölkerung. Inspiriert durch jüngere Aktivisten der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) im Irak entstand 1956/57 die Demokratische Partei Kurdistans in Syrien (PDKS). Diese Partei strebte eine regionale Autonomie innerhalb Syriens an. Außer in der dem Irak benachbarten Region Cizîrê fand die Idee einer Abspaltung von Syrien kaum eine größere Anhängerschaft. Schmidinger zeichnet in der Folge die widersprüchliche und stark von persönlichen Abhängigkeiten gekennzeichnete Landschaft der kurdischen Parteien nach.

Doch mit der Machtübernahme durch die arabische Baath-Partei 1963 veränderte sich die Situation grundlegend. Die formale Demokratie, die einige Jahre hindurch bestanden hatte, endete. Nasseristen und andere Strömungen des arabischen Nationalismus wurden zerschlagen oder inkorporiert. Die Baath-Partei bestand zwar aus unterschiedlichen Strömungen, die sich in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik unterschieden, gemeinsam war ihnen aber die arabisch-nationalistische Ausrichtung. 1970 setzte sich Hafiz al-Assad, der Vater des heutigen Präsidenten Bashar al-Assad, im innerparteilichen Machtkampf durch und verdrängte den «linken» Parteiflügel und die proiraki-

schen Kräfte. Zunehmend stützte sich das Regime auf die Gemeinschaft der Alawiten und verfolgte eine ausgeprägte Arabisierungspolitik, die sich hauptsächlich gegen die kulturellen und politischen Autonomiebestrebungen in der kurdischen Bevölkerung richtete. Das Assad-Regime verwirklichte im Zusammenhang mit dem Bau des Tabqa-Staudamms am Euphrat eine aggressive, gegen die Kurden gerichtete Siedlungspolitik, die schon früher konzipiert worden war und in deren Verlauf hunderte neuer arabischer Dörfer im kurdischen Siedlungsgebiet errichtet wurden. Dem Regime gelang es, große Teile der Bevölkerung in ein «Patronage- und Klientensystem» einzubinden. Einzelne Kurden wurden in das Machtsystem aufgenommen, sofern sie nicht auf ihrer kurdischen Identität beharrten. Eine breite Mittelschicht der syrischen Gesellschaft konnte wirtschaftlich aufsteigen, de facto allerdings gegen den Verzicht auf politische Rechte und Teilhabe. Leider stellt der Autor keine genaueren Betrachtungen an, wie und warum es dem Baath-Regime gelungen ist, lange Zeit hindurch große Teile der Gesellschaft einigermaßen für sich zu gewinnen oder zumindest nicht gegen sich aufzubringen.

Die kurdischen Parteien blieben illegal, wurden aber nicht offen verfolgt, solange sie das Machtmonopol der Baath-Partei nicht in Frage stellten und keine weitergehenden kurdischen Forderungen erhoben. Die 1978 in der Türkei gegründete Kurdische Arbeiterpartei (PKK) entwickelte bald widersprüchliche Beziehungen zum Regime in Syrien. Assad duldete eine Präsenz der PKK auf syrischem Territorium, um Druck auf den geopolitischen Rivalen Türkei auszuüben. Allerdings konnte das Regime nicht verhindern, dass die PKK in den Regionen Efrîn und Kobanê bereits in

den 1980er Jahren beträchtlichen Einfluss erlangte.

Nach dem Tod von Hafiz al-Assad übernahm sein Sohn Bashar al-Assad im Juni 2000 die Macht. Doch die Hoffnungen auf einen «Damaszener Frühling» und auf eine politische Öffnung entpuppten sich bereits nach einem Jahr als bittere Illusion. Die Repression im ganzen Land zog wieder an. Das Regime fürchtete insbesondere, dass die von den Kurden im Irak durchgesetzte Autonomie der kurdischen Bewegung in Syrien neue Impulse verleihen könnte. Ein Polizeieinsatz mit neun Toten im Anschluss bei einem Fußballspiel in Qamislo führte 2004 zu einem kurdischen Aufstand in der Region Cizîrê.

Neben der 2003 gegründeten PYD trat nun eine junge Generation kurdischer Aktivisten auf die politische Bühne und gründete neue Organisationen im Untergrund wie beispielsweise die Kurdische Jugendbewegung und die Freiheitsbewegung Kurdistans. Letztere rief sogar zum bewaffneten Kampf auf und trieb diesen auch real voran. Die Repression schwächte die Gruppe allerdings bald existenziell.

In einem eigenen Kapitel präsentiert Schmidinger die verwirrende Vielfalt der kurdischen Parteienlandschaft in Syrien. Die meisten Parteien gehen in irgendeiner Weise auf die historische Demokratische Partei Kurdistans in Syrien (PDKS) zurück. Diese, sich an der Demokratischen Partei Kurdistans im Irak orientierende Parteienfamilie durchlebte eine Vielzahl von Spaltungs- und Umgruppierungsprozessen, die oftmals nicht wirklich politisch begründet, sondern eher vom Beziehungsgeflecht führender Personen bestimmt waren. Einige dieser Parteien übernahmen eine «Mittlerrolle zwischen Regime und kurdischer Bevölkerung» und ließen sich damit in das Regime einbinden (S. 105ff.).

Zweifellos spielen politische Führer in einer solchen politischen Landschaft eine Schlüsselrolle, dennoch fehlen in Schmidingers Darstellung allzu deutlich die Fragen, an welche gesellschaftlichen Gruppen sich die Parteien jeweils richten, auf welche Basis sie sich stützen und welche gesellschaftlichen Ziele sie verfolgen.

Schmidinger zeigt, dass der Beginn des revolutionären Prozesses in Syrien im Frühjahr 2011 die Situation auch in den kurdischen Regionen komplett veränderte. Die Parteien, die nicht aus den Traditionen der PDKS und der PKK kamen, haben sich zumeist deutlicher auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der arabischen Opposition orientiert. Nicht ganz überraschend waren es nicht die traditionellen Parteien, sondern vor allem junge Männer, die sich in lokalen Kleingruppen und Koordinationskomitees versammelten und als erste den revolutionären Schwung im Land aufgriffen und Proteste organisierten.

Die aus der Tradition der PDKS kommenden Parteien schlossen sich auf Vermittlung von Masud Barzani, dem Präsidenten der Region Kurdistan im Irak, zum Kurdischen Nationalrat (KNC) zusammen. Die PYD hingegen orientierte auf die Formierung eines eigenen Oppositionsbündnisses und vor allem auf den Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen. Am 16. Dezember 2011 informierte sie über die Gründung eines Volksrats von Westkurdistan. Die Entwicklung dieses Rates und weiterer vergleichbarer Strukturen ist zweifellos ein entscheidender Punkt für die Beurteilung der gesellschaftlichen Dynamik in Rojava. Schmidinger schreibt, dass dieser Volksrat zwar als Bündnisstruktur konzipiert war, «de facto aber neben der PYD nur PYD-Vorfeldorganisationen wie ihre Frauenorganisation Yekîti-

ya Star oder ihren zivilgesellschaftlichen Dachverband Tevgera Civaka Demokratik (TEV-DEM) umfasste» (S.116). Seine Einschätzung steht damit in scharfem Gegensatz zu zahlreichen, oftmals recht unkritischen Berichten, die das von der PYD initiierte System der Volksräte in Rojava als neue Form der Demokratie und Selbstverwaltung charakterisieren.

Wie für andere Beobachter war auch für Schmidinger der Rückzug des Regimes aus den meisten Gebieten Rojavas zwischen dem 19. und 24. Juli 2012 ein Schlüsselmoment. Fast kampflos übernahmen die von der PYD gegründeten Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Kontrolle über die drei Gebiete. Mehrere kurdische Parteien bezichtigen die PYD, diesen Vorgang mit dem Regime abgesprochen zu haben und diesem im Rahmen eines Stillhalteabkommens Sicherheitsgarantien für verbleibende Stützpunkte sowie Zurückhaltung oder gar Neutralität im Bürgerkrieg in anderen Regionen Syriens zugesichert zu haben. Vertreterinnen und Vertreter der PYD selber behaupten, sie hätten den Repräsentanten des Regimes ein Ultimatum gestellt, die Kontrolle über die Gebiete aufzugeben. Die syrische Armee habe sich letztlich aus strategischen Gründen zurückgezogen, weil das Regime seine militärischen Kräfte in anderen Landesteilen konzentrieren wollte. Schmidinger scheint zumindest teilweise den Argumenten der Kritiker der PYD Glaubwürdigkeit zuzubilligen.

Schmidinger bilanziert die De-Facto-Autonomie Rojavas ziemlich zurückhaltend. Die nicht überwundene Spaltung zwischen PYD und den Parteien des Kurdischen Nationalrats (KNC) bewertet er eher negativ. Oppositionelle werfen der PYD vor, «eine neue Diktatur errichtet zu haben». Die offizielle Ausrufung der drei

autonomen Kantone Cizîrê, Kobanê und Efrîn im Januar 2014 habe an dieser Kritik nichts geändert, da sie ohne Absprache mit dem KNC erfolgt sei und sich die meisten anderen Parteien nicht an der neuen Verwaltung beteiligen würden. Schmidinger billigt der neuen Verwaltung nur eine mangelhafte Legitimität zu. Ausdrücklich positiv hebt er zwar hervor, dass es gelungen sei, die verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften einzubinden. Zugleich verweist er auf die Kritik der Oppositionsparteien, die PYD habe autoritär und eigenmächtig Schritte durchgesetzt. Die autonomen Kantone würden weder von der kurdischen Opposition noch vom Regime anerkannt. Ein weiterer Mangel sei, dass die für Mai 2014 angekündigten Wahlen nicht stattfanden. Die Macht aller drei Premierminister basiere auf jener der PYD. Die Tatsache, dass Akram Kamal Hasu, einer der reichsten Unternehmer in Syrien, als Unabhängiger zum Premierminister des Kantons Cizîrê ernannt wurde, wertet Schmidinger als Indiz dafür, dass die PYD keine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in Rojava anstrebe. Einerseits bringt Schmidinger der Integration alter Eliten in das neue System aufgrund zahlreicher praktischer Erfordernisse ein gewisses Verständnis entgegen, andererseits meint der Autor, dass mit der «Kooptierung der alten Eliten» sich die neuen Machthaber eben auch veränderten.

Hier widerspreche ich Schmidinger mehrfach. Die Legitimität eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses und seiner Protagonistinnen kann nicht alleine anhand der Zustimmung anderer etablierter Kräfte und der Abhaltung von Wahlen beurteilt werden. Es ist naheliegend, dass die Machtorgane eines immer noch bestehenden Regimes und die Kräfte, die nicht

zuletzt die Interessen lokaler Privilegierter vertreten, einem Wandel, der durch Basisaktivität getragen wird, keine Legitimität zusprechen. Relevanter für die Beurteilung der Legitimität ist, ob sich die neue Machtkonfiguration auf die breite Tätigkeit eines Großteils der Gesellschaft in den neuen Organisationen und Strukturen der Selbstverwaltung stützt oder nicht. Eine derartige Analyse würde ein besseres Urteil darüber zulassen, ob der Rätediskurs der PYD rein taktischer Natur oder Ausdruck einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Orientierung ist. Ich habe den Eindruck, dass diese Frage noch nicht geklärt ist.

Schmidinger greift die mehrfach und auch von Human Rights Watch geäußerte Kritik an Menschenrechtsverletzungen – insbesondere am tödlichen Einsatz von Schusswaffen gegen Demonstranten am 27. Juni in Amûdê – und am Justizsystem auf. Bemerkenswerterweise zitiert er die zumindest teilweise selbstkritische Stellungnahme der YPG zu dieser Auseinandersetzung nicht. Selbstverständlich ist die Kritik von Human Rights Watch ernst zu nehmen. Auch Vertreter linker Organisationen in Syrien haben autoritäre Tendenzen der PYD kritisiert.\* Zu den Herausforderungen der Menschenrechte zählen allerdings auch die großen Anstrengungen der neuen «Regierung», die gesellschaftliche Situation der Frauen zu verbessern, und ihr sensibler Umgang mit unterschiedlichen Religionsgemeinschaften. In dieser Hinsicht ist die Situation in Rojava, verglichen mit den anderen Teilen Syriens und im Kontext des Mittleren Ostens, außerordentlich positiv zu bewerten, was auch Schmidinger deutlich anerkennt.

Schmidinger dokumentiert an mehreren Stellen Kritik an der PYD durch andere Strömungen und Organisationen. Lei-

der erörtert, begründet und kontextualisiert Schmidinger diese Kritik nicht weiter. Ich vermute, dass es den meisten Leserinnen und Lesern sehr schwer fällt zu beurteilen, inwiefern diese Kritik berechtigt und wodurch sie motiviert ist. Umgekehrt, und das ist bemerkenswert, setzt sich Schmidinger aber mit Kritik der PYD an den Parteien des Kurdischen Nationalrats, die mit dem Clan von Masud Barzani, des Präsidenten der autonomen Region Kurdistan im Irak, verbunden sind, nicht auseinander. Schmidinger erörtert die Rolle der kurdischen Regionalregierung im Irak unter Masud Barzani nicht weiter. Seine Charakterisierung Barzanis als außenstehenden Vermittler überzeugt nicht. Vielmehr hat Barzani wiederholt versucht, entweder direkt oder über befreundete Parteien, die Entwicklung in Rojava in seinem Sinne zu beeinflussen. Barzani schloss sich sogar dem Wirtschaftsembargo der Türkei gegen Kantone in Rojava an.

Hier wäre es klarer und ehrlicher, wenn der Autor seine eigenen theoretischen Grundlagen und seine Position klar und transparent argumentiert darlegen würde. Die vielleicht dem Wissenschaftsbetrieb geschuldete, scheinbare Unvoreingenommenheit vor dem «Forschungsgegenstand» hilft nicht wirklich, die umkämpften gesellschaftlichen Verhältnisse zu erfassen und verständlich darzustellen.

Insgesamt scheint Schmidinger den revolutionären Charakter der gesellschaftlichen Veränderung in den Regionen Rojawas zu bestreiten. Diese Schlussfolgerung ist natürlich vertretbar, doch der Autor müsste sie besser begründen. Ich erinnere mich an die Debatten über den Charakter der sandinistischen Revolution in Nicaragua und der revolutionären Bewegungen in Zentralamerika vor drei Jahrzehnten. Auch die Sandinisten gingen Bündnisse

mit einem Teil des lokalen Bürgertums ein und schreckten vor einer Umwandlung der Eigentumsverhältnisse aus verständlichen Gründen zurück. Dennoch trieben sie einen revolutionären Prozess voran, der zwar zahlreiche Beschränkungen und Mängel aufwies und gegen Ende der 80er Jahre auch teilweise degenerierte. Die interessanten Prozesse in Rojava können uns dazu ermuntern, einmal mehr etwas grundsätzlicher über Formen der revolutionären Umgestaltung nachzudenken. Die bisherigen Erfahrungen machen allerdings deutlich, dass es objektiv unmöglich ist, in einem kleinen Gebiet eine radikale gesellschaftliche Transformation durchzuführen. Umso wichtiger ist es, neue transnationale Strategien zu entwickeln.

Zuletzt führe ich noch drei allgemeine Kritikpunkte an. Das Buch vernachlässigt die wirtschaftlichen Sachverhalte weitgehend. Es leistet nicht ansatzweise eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung. Damit geht einher, dass sich der Autor zwar ausführlich mit den unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gemeinschaften und ihren Sprachen auseinandersetzt, die Spaltung der Gesellschaften in Klassen und Klassenfraktionen hingegen nicht weiter beachtet. Darum ist der Autor kaum in der Lage darzustellen, welche gesellschaftlichen Gruppen und Klassen die unterschiedlichen politischen Kräfte in Syrien und speziell in Rojava vertreten oder zu vertreten vorgeben. Das führt zu einer weitgehend formalen Charakterisierung der unterschiedlichen politischen Kräfte.

Zweitens setzt sich das Buch nicht mit dem von der PYD in Anlehnung an die PKK vertretenen Konzept des Demokratischen Konföderalismus auseinander. Der von der PYD animierte Aufbau von Selbstverwaltungsräten ist ja gerade Ausdruck dieser Orientierung. Es bleibt weiteren

Untersuchungen vorbehalten, sich mit den Konzepten der PKK und PYD kritisch auseinanderzusetzen.

Der dritte Kritikpunkt betrifft die Einbindung der Prozesse in Rojava in die Kräfteverhältnisse in Syrien und in den gesamten Kontext im Mittleren Osten. Schmidingers Analyse macht zwar deutlich, dass die drei autonomen Kantone nur dank des revolutionären Aufbruchs in Syrien entstehen konnten. Die Implikationen für die weitere Entwicklung erörtert er aber nicht weiter. Jeder isolierte Blick auf Rojava verbietet sich. Nur wenn die demokratischen Kräfte in Syrien stärker werden, das Baath Regime durch eine breit gestützte Massenbewegung gestürzt wird, das palästinensische Volk seine Selbstbestimmung und seine demokratischen Rechte durchsetzen kann und der gesamte revolutionäre Prozess im Mittleren Osten und in der Türkei voran kommt, nur dann haben die mutigen Frauen und Männer Rojavas eine wirkliche Chance, ihre gesellschaftliche Transformation weiterzuführen und zu radikalisieren.

Trotz meiner Kritik an Schmidinger empfehle ich sein Buch ausdrücklich zu Lektüre. Seine nüchterne Analyse hilft, die bisweilen unkritischen Berichte über Rojava einzuordnen. Der vielfältige Reichtum der auf über 100 Seiten (!) publizierten Interviews mit Aktivisten und Vertretern unterschiedlicher Bewegungen und Parteien vermittelt uns einen kleinen Eindruck von der Komplexität der laufenden Prozesse. Nachdem die Linke in Europa die interessanten Bestrebungen in Rojava lange Zeit nicht wahrgenommen hat, scheinen im Zuge der wichtigen Solidaritätsarbeit nicht wenige nun der Versuchung zu erliegen, die revolutionäre Bewegung in Rojava als Projektionsfläche zu konstruieren, um die eigene Orientie-

rungslosigkeit vor den riesigen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Europa zu vergessen. Schmidingers Buch ermuntert hoffentlich zu einer kritischen und solidarischen Debatte mit den Aktiven der PYD und den Kämpferinnen und Kämpfern der YPG sowie innerhalb der aufzubauenden Solidaritätsbewegung

mit den revolutionären Prozessen in Syrien und im Mittleren Osten.

Christian Zeller

\*Joseph Daher: Kobanê, Turkey, and the Syrian struggle. November 19, 2014. <http://syriafreedomforever.wordpress.com/2014/11/19/kobane-turkey-and-the-syrian-struggle>.